

**Bezugsgebühr:**  
 Die Dresdner Nachrichten...  
 Preis 1 Mark...  
 Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

**Anzeigen-Carif.**  
 Preis...  
 Nummer 11 und Nr. 2096.

**Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15**  
 empfiehlt in grösster Auswahl:  
**Eiserne Oefen** und **Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.**

**Karl Bielich, Annoncenexpedition**  
 Dresden-N. Telefon Amt II 285.  
 empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten u. Abonnements für die „Dresdner Nachrichten.“

**H. Grossmann Nähmaschinen.**  
 Verkauf in Dresden: Chemnitzstrasse 26, Valentinstrasse 5, Kollathstrasse 41 (Kollathstrasse), im Lüdtzsch: Schulstrasse 12 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Prellstrasse 6.

**Blutreinigungsthee**  
 zur Auffrischung des Blutes und Reinigung der Haut, bewirkt reichlichen und schmerzlosen Stuhlgang, zu jeder Jahreszeit anzuwenden. Packet 1 Mark.  
**Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.**

## Vollständige Reise-Ausrüstungen liefert Robert Kunze, Altmarkt, Rathhaus.

**Nr. 231. Spiegel:** Reichsbesitz u. Zolltarif. Minister v. d. Planitz. Gewerbeordnung, Schlafstellen, Rathwahl, Witterung: Vielfach, Freitag, 22. August 1902.

**für den Monat September**  
 abonniren die Leser in Dresden und dessen Vororten Blasewitz, Plauen, Lößtau bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 58 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von **90 Pfennigen.**  
 Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu 1 Mark, in Oesterreich-Ungarn zu 1 Krone 48 Hellern angenommen.  
**Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.**

**Reichsbesitz und Zolltarif.**  
 Es ist ein kaffender Zahlbetrag, den der Endabschluss — „Finalabschluss“ heißt es im amtlichen Stil immer noch höchst unangenehme Ausfall für das Reich selbst besitzt sich auf 18 1/2 Millionen Mark, und dazu kommen dann noch 15 1/2 Millionen, um die sich die Ueberweisungen an die Einzelstaaten gegenüber dem Voranschlag verringern. Somit haben also Reich und Bundesstaaten beiderseits ihr Teil zu dem Windertrage beizusteuern, und zusammen bedeutet das für alle Finanzverwaltungen ein voll gerüttelt und geschüttelt Maß von finanziellen Verlegenheiten und Widerwärtigkeiten. In Einzelnen vertheilen sich die Winderträge vornehmlich auf die Postverwaltung, die Reichseisenbahnen, die Reichsbank und die Vorkontrollen, und gerade diese besonders markanten Anfallsposten lassen die hemmende Wirkung erkennen, welche die wirtschaftliche Niedergangsbewegung der Gegenwart noch allen Richtungen hin ausübt. Uebrigens ist zu bedenken, daß sich der Abschluß nur auf diejenigen Ausgaben bezieht, die auf die ordentlichen Deckungsmittel angewiesen sind, und daß es daher ungewiß bleibt, ob sich nicht auch bei den auf die außerordentlichen Deckungsmittel gestützten Ausgaben ein Mehrertrag ergibt, der dann mittelbar durch erhöhte Zinsaufwendungen für den Reichsschuldenzins eine weitere Verschlechterung des ordentlichen Etats herbeiführen würde. Mit der geringeren Ertragskraft der Einnahmen fällt eine erhebliche Ueberreichung der Ausgaben gegen den Etat in Höhe von 21 Millionen Mark zusammen: also in jedem Falle ein finanzielles Gesamtbild, das nirgends einen erfreulichen Zug aufweist, wenn man nicht etwa als solchen den schwachen Trost gelten lassen will, daß die jetzige Rechnung um rund 5 Millionen hinter der vorläufigen Februarabschätzung des Reichsschatzsekretärs zurückbleibe und dieser Betrag somach von den damals gehegten Erwartungen abgesehen ist. Um Uebrigen aber hat das thatsächliche Endergebnis für 1901 die pessimistischen Vorhergungen vollst. gerechtfertigt.  
 Bei den umfangreichen Gegenständen des beweglichen und unbeweglichen Staatsvermögens indessen, das sowohl dem Reich als den Einzelstaaten zu Gebote steht, brauchte man sich selbst angefaßt einer so allgemeinen finanziellen Nothlage, wie sie zur Zeit herrscht, noch nicht mit übermäßigen Sorgen zu beschweren, wenn nur wenigstens begründete Aussicht vorhanden wäre, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse demnächst wieder einen fröhlichen und entscheidenden Schwung nach oben erhielten, und wenn gleichzeitig die Ausgaben im Reich und in den Einzelstaaten eine gewisse Neigung zur Stabilität zeigten. Von den beiden angegedeuteten Entwicklungsmöglichkeiten ist aber zunächst noch nichts Bestimmtes zu hören, am allerwenigsten, soweit eine Einschränkung der Ausgaben in Betracht kommt. Aus diesem Grunde ist denn auch das Unbehagen über die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1901 auf allen Seiten groß und unerbötlich.  
 Schon jetzt schliessen die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reichs und aller seiner Bundesstaaten nach einer von dem Kaiserlichen Statistischen Amte aufgestellten Berechnung zusammen mit einem Betrage von rund 7 Milliarden Mark ab. Nicht man von dieser gewaltigen Summe die gegenwärtigen Zahlungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten ab insbesondere Ueberweisungen und Retributionsbeiträge, so bleiben auch bei diesem Ausgleich immer noch etwa 5 1/2 Milliarden Mark alljährlich in Einnahme und Ausgabe zur Durchführung aller Staatsaufgaben in Deutschland erforderlich, wovon für die Zwecke der Reichsverwaltung etwa 2, für die Aufgaben der Bundesstaaten aber 3 1/2 Milliarden eingenommen und ausgegeben werden müssen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, macht das rund 97 Mark im Jahre. Bei alledem reichen diese enormen Summen, die einen Begriff von den ungeheuren Bedürfnissen und den umfangreichen Aufgaben der modernen deutschen Staatswirtschaft geben, noch keineswegs zu, vielmehr befinden sich die Ausgaben trotz verminderter Einnahmen in stets

steigender Progression. Man braucht sich bei dieser Gelegenheit nur der Stellenleiter zu erinnern, die der Reichsschatzsekretär Ackerhertz v. Diekmann in der letzten Sitzung der Zolltarifkommission aufstellte: Einmal befindet sich unter den Ausgaben eine Reihe von Posten, die erfahrungsgemäß von Jahr zu Jahr wachsen, darunter in erster Linie die Aufwendungen für Heereszwecke. Sodann kommen verschiedene Forderungen in Frage, die bisher aus Sparmaßregeln zurückgestellt wurden, aber schließlich doch einmal befriedigt werden müssen. Weiter ist mit einem Ausfall an Zuckerverkauf in Folge der Zuckerkonvention zu rechnen und es macht sich in absehbarer Zeit die Notwendigkeit geltend, nach Aufhebung des Invalidentfonds dessen Verpflichtungen dem Reiche auszubürden. Daneben lauten die unermessliche Steigerung der Invaliden- und Altersrenten, die ebenfalls unumgängliche Mehrbelastung des Allgemeinen Besoldungsfonds, die Schaffung eines Betriebsfonds für die Reichshauptkasse und die allgemeine Reichsfinanzreform, die, wie der Reichsschatzsekretär bei der erwähnten Gelegenheit ausdrücklich erklärte, unbedingt einmal zu Stande kommen muß. Die Klärung der finanziellen Lage wird ferner bedeutend erschwert durch den Umstand, daß auch das Anleihenkonto des Reichs bereits recht empfindlich belastet ist. Gegenwärtig beträgt die Reichsschuld 2 Milliarden 813 Millionen Mark; für 1902 beläuft sich die Anleihe auf 112 Millionen Mark; für 1903 ist dann wieder das Defizit von 1901 zu bedenken, abgesehen von den sonstigen Anleihenbedürfnissen, und so fort mit Gratie.  
 Wenn angefaßt dieser Entwicklung die Nothwendigkeit der Erfindung neuer Steuerquellen immer mehr in greifbare Höhe rückt, aber gleichwohl Alles mit einmüthigem Schaudern auf die wieder das Haupt erhebbende Biersteuern und die drohende Tabaksteuer blickt, so sollte man meinen, es läge der Schluß vom Defizit auf den Zolltarif nahe. Gewiß sollen die finanziellen Gesichtspunkte für die Entscheidung gegenüber dem Zolltarif nicht ausschlaggebend sein. Der neue Zolltarif soll dem großen harmonischen Werke des nationalen Arbeitschutzes dienen und hat als solcher vollen Anspruch darauf, daß bei seiner grundsätzlichen Erörterung die ihn beherrschenden nationalwirtschaftlichen Momente nicht mit finanzpolitischen Erwägungen in verwirrender Weise vermischt werden. Sobald aber einmal die nationalwirtschaftliche Nothwendigkeit des Zolltarifs feststeht, ist nicht einzusehen, warum nicht die finanzpolitische Nebenwirkung erhöhter Zölle, unter voller Wahrung und Betonung ihres lediglich sekundären Charakters, mit als treibendes Motiv für die Entscheidung zu Gunsten des Tarifs verwertet werden soll, wenn einmal die allgemeine Finanzlage eine so wenig befriedigende Gestaltung aufweist, wie es gegenwärtig der Fall ist. Es wäre vielmehr durchaus folgerichtig, wenn alle politischen Kreise im Reiche, die von nationalwirtschaftlichem Standpunkt herberührt werden und mit der Fähigkeit einer vernünftigen Selbstbeherrschung ausgestattet sind, aus der Unangenehmkeit der jetzigen Finanzlage einen erneuten Ansporn entnehmen, um das Werk des nationalen Arbeitschutzes zum erfolgreichen Abschluß zu bringen, weil die dadurch dem Reiche eröffnete erhebliche Einnahmequelle, deren Ertragsfähigkeit zwischen einem Mehr von 100 bis 150 Millionen Mark jährlich schwankt, als wirksamer finanzieller Sorgenbrecher sich bewähren würde. Daß dieser Gesichtspunkt niemals in der Höhe der eigentlichen Aufgabe des Zolltarifs, die in der Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Wohlfahrt und der Hebung des nationalen Wohlstandes im Ganzen besteht, heranziehen kann, liegt auf der Hand. Immerhin kommt er aber an seinem Theile auch mit in Rechnung und darf nicht schlechweg aus dem Spiele gelassen werden, am allerwenigsten, wenn die Zeitläufte auf finanzziellem Gebiete so überaus viel zu wünschen übrig lassen wie jetzt.  
 Die Entscheidung über das Schicksal des Zolltarifs liegt bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht zum wenigsten in der Hand der Regierung, von der die ichthypothetische Mehrheit allgemein ein Einlenken im Sinne der Beschlüsse der Zolltarifkommission erwartet, nachdem die Mehrheit selbst einen Beweis ihrer Enthaltenshaftigkeit dadurch gegeben hat, daß sie die zu viel fordernden Elemente in ihren eigenen Reihen zum Schweigen gebracht und dadurch den Weg zu einer Verständigung mit der Regierung frei gemacht hat. Von den Kommissionsmitgliedern aber hat sich noch wieder etwas abhandeln zu lassen, dazu scheint die Mehrheit keinerlei Neigung zu besitzen. Die „Arbeitszeit“ betont nochmals, daß ohne Zugeständnisse der Regierung in Betreff der landwirtschaftlichen Zölle der ganze Tarif für die konservative Partei unannehmbar sei, und in Uebereinstimmung damit wird der „Deutschen Tageszeitung“ aus Sachsen geschrieben, daß man auch in hiesigen landwirtschaftlichen Kreisen die Ablehnung eines unangenehmen Zolltarifs für das kleinere Uebel ansehe. Hiernach dürfte ein so kluger und vielgewandter Staatsmann wie der Reichskanzler Graf Bälou es sich doch wohl angelegen sein lassen, nicht Zolltarif und Reichsfinanzen gleichzeitig auf eine zweifelhafte Karte, auf ein nicht hinlänglich begründetes „Nein!“ zu setzen, sondern auf die verbündeten Regierungen in dem Sinne eines billigen Entgegenkommens gegen die berechtigten und erfüllbaren Wünsche der schutzpolnerischen Mehrheit einzutreten, wie sie in den Kommissionsbeschlüssen als Kompromiß zwischen dem Interessen der verschiedenen Erwerbskreise und Landestheile zum Ausdruck gekommen sind. Daß der Reichskanzler bei diesem Be-

mühen der Unterstützung in Bundesrathsfreien nicht ermanget wird, läßt sich aus der viel bemerkten Entscheidung schließen, daß kurz vor dem Abschluß der 1. Sitzung des Zolltarifs in der Kommission einzelne Bundesrathsbevollmächtigte selbst über der Regierungsentwurf hinausgehende Wünsche insofern in unverbindlicher Form geäußert, theils direkt vertreten haben.

### Neueste Drahtmeldungen vom 21. August.

**Berlin (Priv.-Tel.)** Der Kaiser wird, wie ein Londoner Blatt wissen will, im November den Monat von England zu seiner Geburtstag in Sandringham besuchen. — Der Premier und die Staatsminister von Schweden sind zum Besuche des Generalgouverneurs Grafen Waldersjöe auf dem Landeute Lantensjö bei Stockholm eingetroffen.  
**Berlin (Priv.-Tel.)** Herrpin Margarethe von Buxtehude, eine Schwester des österreichischen Kronprinzen Erzherzog Franz Ferdinand, ist in Gmunden schwer erkrankt und wird sich wahrscheinlich einer Operation unterziehen müssen. — Herr Lehmann erklärt in hiesigen Blättern folgende Erklärung: Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 17. d. enthält an der Spitze des „Politischen Tagesberichts“ eine von der Finanzverwaltung, also wohl dem Finanzminister v. Moltke abgegebene Erklärung, darin, daß zur neuen Vertheilung in den Bundesstaaten meine den Intentionen der Staatsregierung direkt zuwiderlaufende Haltung in der Polemik entschieden gemessen sei. Diese beweislose Behauptung der Finanzverwaltung werde ich, gestützt auf die in meinem Ertrage enthaltenen Thatsachen, als unwarhaft zurück.  
**Berlin (Priv.-Tel.)** Die vom Kaiser zur Inspektion des Germanischen Museums in Nürnberg gesandte Sammlung der Kaiserliche war jetzt schon auf dem Wege nach dem Auslande. Der Kaiser hat in Unterhandlungen mit einem amerikanischen Käufer, als im letzten Augenblicke der Kaiser eingriff und sie für das Germanische Museum bestimmte. An der Herstellung dieser Sammlung hat Oberregierungsrat Boffe in Dresden mit hervorragender Thätigkeit viele Jahre gearbeitet. — Das Abkommen zwischen den Mächten, die die Brüsseler Konferenz unterzeichnet haben, soll einer über London kommenden Meldung aus Brüssel zufolge durch die Haltung der deutschen und der österreichischen Regierung gefährdet sein. Die Ausführung der Bestimmungen der Konvention werde als unzulässig betrachtet. An hiesiger zuständiger Stelle wird die Nachricht als ganz grundlos bezeichnet. — Die Meldung eines hiesigen Blattes von angeblichen Aufständen des Staatseisenbahnen über Annoncements-Ausschüsse der höheren Postbeamten wird von berufener Seite als frei erfunden erklärt. — Aus den Vereinigten Staaten von Amerika wird der „Papier-Revue“ geschrieben, Arbeitslöhne und Kostpreise seien so sehr im Preise gestiegen, daß man an Ausfuhr nicht mehr rechnen könne. Höheren Löhne doppelt so viel als früher und die sehr knapp. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe deshalb den Erbauern den von ihr betriebenen Arbeitskräfte gesteuert, das dazu nötige Material zum Theil aus Europa zu kaufen.  
**Berlin (Priv.-Tel.)** Die „Elbinger Ztg.“ hält gegenüber der „Deutschen Tageszeitung“ die Meldung aufrecht, daß dem Kammerherrn von Eldenburg die Nachfolgerwahl des Freiherrn von Wangenheim als Vorhaben des Bundes der Landwirthe in aller Form angetragen worden sei und daß Herr von Eldenburg diesen Antrag nicht und klar abgelehnt habe. Demgegenüber veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ aus einer ihr zur Verfügung gestellten Anzahl des Kammerherrn von Eldenburg folgendes: „Ich habe keine Veranlassung gehabt, mich öffentlich in dieser Angelegenheit zu äußern, da Freiherr von Wangenheim noch im Amte ist und eine Veranlassung der für die Wahl eines Vorstehenden kompetenten Verantwortlichkeit bisher nicht angeteilt ist; ich bin also auch nicht in der Lage gemessen, den noch gar nicht erlebigen Bundesvorstand anzunehmen. Richtig ist, daß ich in gelegentlichen Privatgesprächen keinen Zweifel darüber gelassen habe, eine etwa auf mich fallende Wahl abzulehnen zu müssen, da der Umfang meiner sonstigen Thätigkeit und der Zustand meiner Gesundheit es mir unmöglich machen, der Nachfolger des Freiherrn von Wangenheim auf einem Posten zu sein, der in der thüringischen und verarmten Provinz des Reichs unteres Vaterlandes gehört.“ — Nach der „Tisch. Wochenschrift“ hat sich Bismarck's Auftreten in den letzten vierzehn Tagen entschieden abgeändert und eine augenblickliche Gefahr liegt nicht vor; immerhin laßt der allgemeine Staatszustand trotz einigermaßen regeren Appetits und leblicheren Schlafes viel zu wünschen übrig, so daß die Gesundheitslage schon seit längerer Zeit haben vollständig eingeleitet werden mußte. — Zar Nikolaus II. geht im Oktober in die hiesigen königlichen Schloßspielplätze. Ferner wird gemeldet: Die Unterhandlungen des Dresdner Hoftheaters mit Sarah Bernhardt sind zum Abschluß gelangt. Die Sängerin geht auch in Leipzig, Halle und Weimar aufzutreten. Insgesamt sind für die deutsche Tournee sechs Wochen vorgesehen.  
**Hamburg.** Wie die „Hamb. Börsen“ aus Paris meldet, hat der Präsident Antonio Girard verdrückt, mit seinen Gelehrten Verhandlungen anzuknüpfen, ob mit Erlaß, ist nicht bekannt.  
**Genève.** Der Kaiser hat dem Oberbürgermeister von Genéve, Kärstner, das Recht verliehen, bei feierlichen Anlässen eine goldene Amtskette zu tragen.  
**Schwern.** Heute Vormittag ist auch die durch den Gemüthlicher Witz erkrankte Frau des Schriftstellers Wagner gestorben.  
**Kassel (Priv.-Tel.)** Von einer Vermählung, die anlässlich des 10-jährigen Geburtstages des letzten Kurfürsten von Hessen die heilige Reichsstadt veranstaltet hatte, wurde mit Mehrheit eine Resolution angenommen, in der es um Schluß heißt: Wir müssen heute und gerade heute den Kräfte gegen das unermessliche Kartenhaus und unermesslichen Vaterland im Jahre 1806 angebahnte Unrecht und der letzten Jahr nicht erneut Ausbruch geben, die der Kurfürst selbst am Tische seines Lebens mit den Worten beiegelegt hat: „Für mich selbst hoffe ich nichts mehr, für mein Land noch Alles!“  
**Frankfurt a. M.** Ein von Fulda kommender Personenzug entgleiste infolge Achsenbruchs heute Mittag 10 1/2 nach

**Kronendorfer**  
 anerkannter  
 naturlicher  
 Sauerbrunn.